

Manifest

Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in Armut auf. Die Tatsache, dass in Westdeutschland jedes 9., in den neuen Bundesländern jedes 4. Kind arm ist, ist kein Naturgesetz. Armut wird von einer zunehmend neoliberal funktionierenden Wirtschaft erzeugt und von der Politik billigend in Kauf genommen und verstärkt. Die politisch hingegenommene und gewollte Verarmung ist ein Verstoß gegen Grundrechte und stellt eine systematische Gefährdung des Kindeswohls dar.

Denn es ist nachgewiesen, dass die Armut den Kindern Lebenschancen raubt. Ihre gesunde Entwicklung ist massiv beeinträchtigt, ihre Chancen auf eine gute Bildung, Ausbildung und berufliche Tätigkeit radikal eingeschränkt und sie werden faktisch aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. In einer Gesellschaft, in der Menschen zunehmend nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen werden, sind sie überflüssig – und dies wird ihnen deutlich gezeigt.

Die Grundrechte dieser Kinder stehen nur auf dem Papier. Ihre Würde wird vielfältig verletzt, ihre körperliche Unversehrtheit nicht geschützt, ihr Recht auf Bildung und ihr Schutz vor Diskriminierung missachtet. Ihre Stellung in der Gesellschaft wird in einem zunehmend klassen- oder kastenmäßig wirkenden Wirtschaftssystem dadurch festgelegt, in welche Familienverhältnisse sie hineingeboren werden. Die Verletzung ihrer elementaren Rechte ist nicht nur verwerflich, sondern verfassungswidrig, zumal sie in einem Land geschieht, in dem Wohlstand und Reichtum zunehmen. Arme Kinder sind in ihren Entwicklungs- und Lebenschancen eingeschränkt, weil das angehäuften Vermögen ungerecht verteilt ist und die Kluft zwischen Arm und Reich durch die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre wächst.

Die Kinder in den wachsenden Armutsghettos mitten in einer reichen Gesellschaft sind auf jede Hilfe angewiesen, materiell und persönlich, rechtlich und schulisch, emotional und kulturell. Sie brauchen unser Interesse, unsere Zuneigung und Anerkennung.

Vor allem aber brauchen benachteiligte Kinder (und ihre Eltern, denn Kinderarmut ist Familienarmut!) über die individuelle Hilfe hinaus Gerechtigkeit und Respekt. Sie werden ihre Rechte in den wenigsten Fällen selbst einklagen können; in den meisten Fällen zeigt sich ihr 'Protest' in störender Form als Krankheit oder Delinquenz. Sie sind auf die Unterstützung von Menschen angewiesen, die gegen systematische Benachteiligung und für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen bereit sind:

- Für eine Steuerpolitik, die nicht ständig die Reichen noch reicher macht und die Armen ärmer und horrenden Spekulationsgewinne begünstigt: Besteuerung aller Einkommen, Einführung der Vermögens- und Börsensteuer, Besteuerung von Spekulationsgewinnen, Kontrolle der Finanzmärkte und Verhinderung von Steuer- und Kapitalflucht.
- Für eine gerechte Arbeits- und Sozialpolitik, die nicht weiter Arme benachteiligt: Gesetzlicher Mindestlohn und Mindestrente, Bürgerversicherung zur Alterssicherung, Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit,

solidarisches und paritätisches Gesundheitswesen, bedarfsorientierte Grundsicherung.

- Für eine gesellschaftliche Grundversorgung in öffentlicher Kontrolle, die nicht dem Profitprinzip unterliegt.

Über diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen für eine Verteilungsgerechtigkeit hinaus ist es aber notwendig, für benachteiligte Kinder und Jugendliche Garantien zu schaffen, die ihre Lebenschancen denen anderer Kinder anzugleichen geeignet sind. Die gesetzliche, formale Gleichstellung aller Kinder muss aktiv hergestellt, garantiert, überprüfbar und einklagbar sein.

- Für Gesetze, die durch die soziale Lage bedingte Unterschiede der Gesundheitsversorgung und des Zugangs zu Bildung und Ausbildung ausdrücklich verbieten und die Möglichkeit eröffnen, entsprechende Maßnahmen einzuklagen.
- Für die Verpflichtung der Bundesregierung, jährlich einen Bericht über den Stand der Gleichstellung aller Kinder abzugeben wie auch über die Einhaltung bzw. aktive Umsetzung des Grundgesetzes und der UN-Kinderrechtskonvention hinsichtlich der Überwindung der Benachteiligung von Kindern.

Unser Ziel ist die Respektierung aller Menschen als Menschen und nicht als billige Arbeitskraft, als Ware und verfügbare Masse für Markt und Standort. Der Kapitalismus in seiner vorherrschenden neoliberalen Form mit seinen menschenverachtenden Wirkmechanismen muss überwunden werden. Nur dann werden alle Kinder und Jugendlichen in dem Gefühl aufwachsen, sicher und willkommen zu sein, ihre Fähigkeiten entfalten zu können und als Menschen geachtet und behandelt zu werden.

Georg Rammer, attac Karlsruhe
1. Juli 2007